

# Keine gentechnischen Freilandversuche in Friemar!

**KATRIN KÜSTER**

Am 20.09.1993 hat die Hoechst AG Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Mais- und Rapspflanzen in vier Bundesländern angemeldet. Einer der vier Versuche soll in Friemar bei Gotha auf einer Versuchsgutfläche des Landes Thüringen stattfinden. Mais- und Rapspflanzen sind dabei gentechnisch so manipuliert, daß sie als einzige pflanzliche Lebewesen das ausgebrachte Herbizid „Basta“ überleben.

Die Hoechst AG hat gleichzeitig die gentechnisch manipulierten Kulturen zum Patent angemeldet (Nr. 275957). Gelingt der Hoechst AG die Durchsetzung der Versuche und die Anmeldung und damit die Ausbreitung dieser Technik, müssen die Landwirte zukünftig Saatgut und Pestizide aus einer Hand beziehen. Zudem zeichnet sich diese Entwicklung weltweit ab. Chemiekonzerne werden zu Saatgutmultis. Die Hoechst AG hat bei der größten Saatgutfirma KWS nicht umsonst 12% Stammkapital.

Betrachtet man diese Entwicklung in der Landwirtschaft aus der Sicht der Landwirte, kommt man nicht umhin, eine Reihe kritischer Fragen zu stellen:

1. Beide Kulturpflanzen, Raps und Mais, sind gentechnisch manipuliert, gleichzeitig aber nicht geschützt gegen Einkreuzung artverwandter Kulturen. Die Überprüfung dieser Einkreuzung ist sogar Teil des Versuches. Die Übertragung der Eigenschaft „Bastaresistenz“ ist aber nicht auszuschließen. Das geht aus den Unterlagen des Antrags auf

Freisetzung von Raps und Mais auf der Versuchsstation Roggenstein (Bayern) vom letzten Jahr mehrfach eindeutig hervor.

2. Es gibt keine fundierten Kenntnisse über das Wirken dieser Genmanipulationen, wenn die entsprechend manipulierten Pflanzen in den Stoffkreislauf der Natur gelangen. Ebenfalls fehlen die Kenntnisse über die Rückstandsproblematik der chemischen Substanzen von Basta, welche die manipulierten Pflanzen in ihren Pflanzenkörper einbauen.

3. Winterraps und Silomais werden seit der EG-Agrarreform über Flächenbeihilfen gefördert. Das heißt, die alte Rechnung: Ertragsgewinn – Aufwand = Gewinn für den Landwirt funktioniert nicht mehr. Der Landwirt erhält nur einen sehr geringen Preis pro Dezitonne geernteten Raps, der die Kosten nicht mehr deckt. Dafür erhält er aber eine konstante Beihilfe pro Fläche. Bei der positiven Annahme, daß Basta sehr billig sein wird und seiner Wirkung als „Totalherbizid“ gerecht wird, also alles außer Raps radikal vernichtet, würde der Raps ungestörter aufwachsen und ein paar Dezitonnen pro Hektar mehr Ertrag bringen. Das brächte aber für den Landwirt nur einige Mark mehr, da er ja seine eigentliche Existenzgrundlage nicht aus dem Ertrag des Rapses erwirtschaftet, sondern von der feststehenden Beihilfe lebt. Kalkulationen mit zur Zeit bestehenden Preisen beweisen diese Tatsache.

4. Der Intensivierung der Landwirtschaft wird weiter Vorschub geleistet. Nicht naturangepasste Anbaustrategien sind

gefragt, keine sorgfältige Saattbettbereitung und mechanische Beikrautregulierung nach sorgfältiger Bestandsanalyse, sondern Chemieeinsatz, der menschliche Arbeitskraft weiter verdrängt und die Wirkstoffpalette der bereitstehenden Mittel zusätzlich stark vereinsseitigt. Diese Gefahr ist vor allem deshalb so groß, weil auf dem Raps und Mais eine Patentanmeldung liegt. Die Landwirte werden sich an den einen Konzern wenden müssen.

Freilandversuche mit genmanipulierten Kulturpflanzen sind somit Risikoversuche und außerdem kombiniert mit einer neuen Chemisierungsentwicklung in der Landwirtschaft. Die Landwirte sollen diese „fortschrittliche“ Entwicklung annehmen mit dem Versprechen, keinen Ärger mehr mit Unkräutern zu haben, wenn sie die Sorte und die Mittel von Hoechst beziehen. Die Vielfalt der Natur – niedergeknüppelt mit Totalherbizid und Genmanipulation.

Aus diesen Gründen protestieren wir entschieden gegen diese Freilandversuche mit gentechnisch manipuliertem Saatgut. Nicht den Landwirten dient diese Praxis, sondern den Chemiefirmen. Am meisten betroffen davon ist die in Friemar lebende Bevölkerung, denn sie trägt in den ersten Jahren das höchste Risiko. Einigen Bürgern in Friemar ist das durchaus bewußt. Sie haben sich zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Gefordert ist ebenfalls die Haltung der Gemeinde selbst, denn sie ist im Besitz der Flächen. In Bayern in der Gemeinde Olching jedenfalls sagt der Bürgermeister entschieden **NEIN!**

*(Der Beitrag wurde - leicht gekürzt - aus der "Thüringer Alternative" 1/1994 entnommen.)*